Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 3 (Paulinum),
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig

№ 459. **Mittwoch** den 9. September 1896. **90. Jahrgang.**

Ein Vorbild deutscher Treue.

„Stoßt an, ein Hoch dem deutschen Reich", so beginnt ein kräftiger Vers Victor's von Scheffel, des badischen Landeskindes. Seinem Landesherrn, dem Großherzog Friedrich von Baden, war es vergönnt, das erste Hoch auf dieses neue deutsche Reich an jenem denkwürdigen 18. Januar 1871 im Spiegelsaale des Schlosses zu Versailles auszubringen. In jener Minute erfüllte sich diesem Manne, was die Sehnsucht seines Lebens gebildet hatte.

In weiten Kreisen des Volkes herrscht noch immer jene kindliche Vorstellung, daß ein Fürst, weil er von Glanz und Reichthum umgeben ist, glücklich sein müsse. Nicht vielen Menschen ist das Loos beschieden, so qualvolle Jahre verleben zu müssen, wie sie der Prinz, spätere Regent und dann Großherzog von Baden in den zweiundzwanzig langen Jahren von 1848 bis 1870 durchlebt hat. Der Hoffnung auf die baldige Erreichung der deutschen Einigung voll, zog der junge Prinz im Jahre 1848 mit den badischen Truppen vorwärts, um mit den preußischen Truppen vereint für ein wahrhaft deutsches Ziel, für die Befreiung Schleswig-Holsteins, zu kämpfen. Aber noch war er unterwegs, als er die Nachricht erhielt, daß der Kampf für die gute Sache durch einen nöthigen Waffenstillstand ein schmähliches Ende genommen habe. Das war der erste Schlag, der seine leidenschaftlichen Hoffnungen auf Deutschlands Einigung brach. Nun sollten sie rasch aufeinander folgen; es kam das Jahr 1849, in dem preußische Truppen nicht mit den badischen Truppen vereint für eine deutsche Sache kämpften, sondern gegen sie kämpfen mußten, weil sie die Fahne der Rebellion ergriffen hatten. Es kam das Jahr 1850 und mit ihm die Demüthigung Preußens in Olmütz. Es kamen die Jahre der Reaction und die Jahre jenes unglücklichen Verfassungs-Conflictes in Preußen, der dieses Land, auf das Großherzog Friedrich unwandelbar seine Hoffnung für Deutschlands Zukunft setzte, den deutschen Staaten entfremdete. Es kam das Jahr 1863 mit der Frankfurter Fürstenconferenz, die Großherzog Friedrich's Pläne zu durchkreuzen drohte. Es kam der Bruderkrieg der deutschen Stämme im Jahre 1866, und es kam das Jahr 1867, in dem das Gesuch Badens um Aufnahme in den norddeutschen Bund abgelehnt wurde.

Wer es weiß, mit welch glühender Liebe der Großherzog an dem deutschen Vaterlande hing, der kann ermessen, wie diese traurigen Ereignisse sein Herz zerfleischten. Aber mit unwandelbarer deutscher Treue hielt er an seinen Hoffnungen fest und that Alles, was in seinen Kräften stand, um sie der Verwirklichung entgegenzuführen. Und mit deutscher Treue war er der Erste, der das Schwert zog, als es galt, den Entscheidungskampf für die deutsche Einheit zu führen. Keinen Augenblick schwankte er, wiewohl sein Land der Rache des Feindes am meisten ausgesetzt war.

Hat er mit deutscher Treue an der Begründung des Reiches mitgewirkt, so hat er sich später auch dem Ausbau des Reiches gewidmet. Wann immer Schwierigkeiten für das Reich sich ergaben — wir erinnern nur an die Zeit der Regierung Kaiser Friedrich's —, da war er bereit, zu rathen, zu helfen, zu verständigen. Und ebenso wie Fürst Bismarck bei seinem 80. Geburtstage die studirende Jugend Deutschlands mahnend beschwor: „Halten Sie fest am Reiche", so läßt Großherzog Friedrich keine Gelegenheit vorübergehen, ohne mit beweglichen Worten zu mahnen, an dem geeinten Vaterlande fest zu halten. Der große Mann im Sachsenwalde und der weise und gütige Fürst des Schwarzwaldlandes, sie haben ja Beide gleichermaßen unter dem Jammer der früheren Verhältnisse gelitten, sie haben ja Beide in gleicher Weise und in gemeinsamer Arbeit erfahren, welche Mühe es gekostet hat, das deutsche Reich wieder herzustellen. Und darum sind auch sie dazu berufen, getreue Eckarte des deutschen Volkes zu sein. Und sie sind es Beide. Wie dem großen deutschen Vaterlande, so hat Großherzog Friedrich auch seinem engeren badischen Vaterlande die Treue gewahrt. „Ich wüßte nicht, daß ein feindlicher Gegensatz vorhanden wäre zwischen den Rechten des Fürsten und den Rechten des Volkes", so äußerte er sich kurz nach seinem Regierungsantritte dem badischen Landtage gegenüber. Dieser Auffassung gemäß ist er stets verfahren. Er hielt streng an seinen verfassungsmäßigen Pflichten fest und war stets bemüht, nicht nur zwischen sich und seinem Volke keinen Gegensatz aufkommen zu lassen, sondern auch die Gegensätze, die zwischen den Parteien und Confessionen des Landes bestanden, auszugleichen oder wenigstens zu mildern. Er selbst verstand und versteht es, sich über den Parteien zu halten, und er hat ebenso Männern von conservativen Auffassungen sein Vertrauen geschenkt, wie dem politischen Flüchtling und früheren Radicalen Karl Mathy. Und an den Männern, denen er sein Vertrauen gegeben hatte und die er dieses Vertrauens für würdig erprobt hatte, hielt er mit derselben deutschen Treue fest, wie einst Kaiser Wilhelm I.

So ist er in jedem Zuge ein mustergiltiges Vorbild deutscher Treue und darum ist er schon durch seine Persönlichkeit geeignet, erzieherisch auf das deutsche Volk und auf die deutsche Jugend zu wirken. Deshalb ist es nicht nur eine Pflicht der Dankbarkeit gegen den Mann, der für Deutschlands Einheit gelitten und gekämpft hat wie wenige Andere, sondern es ist auch eine Pflicht gegen das Reich, am heutigen Tage mahnend auf das leuchtende Beispiel hinzuweisen, das Großherzog Friedrich von Baden dem jeder allen Deutschen gegeben hat und hoffentlich noch lange giebt.

Deutsches Reich.

* **Leipzig**, 8. September. Aus Plauen wird uns von geschätzter Seite geschrieben: „Unser Nationalfesttag, das Sedanfest, wird doch überall zur Pflege der Vaterlandsliebe gefeiert. Was sagt man aber dazu, daß in einer hiesigen Privat-Töchterschule an diesem Tage ein französisches Lustspiel in französischer Sprache zur Aufführung gelangte? Derartige Verführungen sind am Sedantage sicherlich nicht am Platze. Allgemein gestreut hat man sich über den königlichen Bezirksschulinspector, Herrn Schulrath Seltmann, der nach Einsicht in die Festordnung sofort den Saal verließ."

†† **Berlin**, 8. September. Auf Grund der bisherigen Erfahrungen ist die Höhe der Entschädigungsbeträge, welche voraussichtlich im Beharrungsstadium bei der Unfallversicherung zu zahlen sein werden, amtlich festgestellt worden. Dabei hat sich ergeben, daß der Betrag des Jahres 1894 für die gewerblichen Berufsgenossenschaften sich in diesem Stadium wahrscheinlich um 360 Proc. und der für die landwirthschaftlichen sich um 500 Proc gesteigert haben wird. Es ist danach mit einiger Sicherheit die voraussichtliche dauernde Belastung der Arbeitgeber aus der Unfallversicherung zu berechnen. Im Jahre 1894 zahlten die gewerblichen Berufsgenossenschaften an Entschädigungen 31,1 Millionen, die landwirthschaftlichen 8,6 Millionen. Unter Anwendung der obigen Procentzahlen würde man für das Beharrungsstadium zu Summen von rund 112 und rund 43 Millionen, zusammen 155 Millionen gelangen. Außer den Entschädigungsbeträgen haben die Berufsgenossenschaften aber noch andere Kosten zu bestreiten, wenn auch unter diesen mit Ende 1896 die Beiträge zu den Reservefonds in Fortfall kommen. Diese sämmtlichen übrigen Ausgaben betrugen im Jahre 1894 bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 16,2, bei den landwirthschaftlichen 3,2 Mill. Nimmt man nun an, daß sich die zum Beharrungsstadium die ersteren auf 20, die letzteren auf 5 Millionen erweitern werden, was gewiß nicht doch gegriffen ist, so würden zu den obigen 155 Millionen noch 25 Millionen hinzukommen, oder im Beharrungsstadium würde sich die Last, welche den Arbeitgebern aus der Unfallversicherung erwachsen sein wird, auf nicht weniger als 180 Millionen Mark belaufen. Unter diese Zahl wird die Summe sicherlich nicht gehen, eher könnte sie noch etwas höher werden. Nimmt man die Belastung der Ausführungsbehörden und der Versicherungsanstalten der Baugewerks-Berufsgenossenschaften hinzu, welche für 1894 sich auf zusammen rund 8 Millionen belief, und erwägt man, daß diese sich natürlich auch noch steigern wird, so wird man schließlich zu einer Belastungssumme von rund 200 Millionen im Beharrungsstadium gelangen. Im Jahre 1894 betrugen die für die staatliche Unfallversicherung geleisteten Gesammtausgaben rund 67 Millionen. Eine Steigerung um das Dreifache wäre demnach zu erwarten.

* **Berlin**, 8. September. Der „Pester Lloyd" kann keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne dem Fürsten Bismarck einige Unarten zu sagen. So schreibt er in einem Artikel über die Breslauer Monarchenbegegnung:

„. . . Bismarck hat vor drei Jahren, als er das bittere Gefühl seiner Demission noch nicht ruhig überwunden hatte, ostentativ sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß der „Draht zwischen Berlin und Petersburg zerrissen" sei. Wohl war der Draht aus schlechtem Material und riß schon darum; und dieses Material wurde unter der Reichskanzlerschaft Bismarck's beigestellt; jetzt ist die Leitung eine feste und vollkommene und wird schwerlich so leicht reißen. Denn Fürst Hohenlohe spielt nicht mit „zwei Eisen im Feuer", er sucht nicht Oesterreich-Ungarn und Rußland fortwährend auseinanderzuhalten und so gegen einander mißtrauisch zu machen, er sucht nicht Situationen für „ehrliche Maklerschaft", in denen das Geschäft in die Brüche geht und als einziger Profit die — Verstimmung bleibt. . . ."

Die „Berl. Neuest. Nachr." entgegnen hierauf: „Wir wissen uns sehr wohl der Zeit zu erinnern, als die Politiker, die im „Pester Lloyd" das Wort führen, Gott dankten, daß Fürst Bismarck „Oesterreich und Rußland auseinanderhielt", d. h. verhinderte, daß sie einander in die Haare geriethen, und der „ehrliche Makler" ist nicht nur zur Zeit des letzten türkischen Krieges, sondern auch recht oft nachher eine von Wien aus sehr gesuchte Persönlichkeit gewesen. Die Politiker des „Pester Lloyds" befinden sich mit ihrer Ansicht auch sehr im Gegensatz zu der des Kaisers Franz Josef, der dem Fürsten Bismarck für dessen ehrliche Maklerschaft bis auf diese Stunde eine ehrende und aufrichtige Dankbarkeit bewahrt hat. Fürst Bismarck hat nicht Oesterreich und Rußland im Sinne des „Pester Lloyds" „auseinandergehalten", sondern im Gegentheil zusammengeführt, wann und so oft es nur irgend anging. Der Beweis dafür ist die Drei-Kaiser-Begegnung zu Skiernewice von 1884, für welche dem Fürsten der warme und unumwundene Dank der drei betheiligten Monarchen zu Theil wurde. Kaiser Franz Josef und Kaiser Alexander III. sandten ihm ihre lebensgroßen Bildnisse, die sich jetzt in Schönhausen befinden. Die deutsche Politik stand zur Zeit des Fürsten Bismarck stets auf dem Standpunct, Allem zuzustimmen, worüber Rußland und Oesterreich-Ungarn sich verständigten, und competentere Kritiker als die des „Pester Lloyds" haben der Loyalität dieser deutschen Politik stets volle Gerechtigkeit widerfahren lassen. Es war der Ausgangspunct des deutsch-österreichischen Bündnisses, daß Rußland nach dem Congreß bei verschiedenen Anlässen verlangte, die deutschen diplomatischen Vertreter im Orient sollten bei den in der Schwebe befindlichen Fragen sich der Haltung der russischen Vertreter, im Gegensatz zu den Wünschen Oesterreich-Ungarns, anschließen. Kaiser Alexander II. gab diesem Verlangen mit directen Drohungen und mit Unterlassung seiner Reise nach Berlin zur goldenen Hochzeit Kaiser Wilhelm's Ausdruck, obwohl für ihn und ein sehr zahlreiches Gefolge bereits in Berlin Quartier gemacht war und der Monarch damit auch auf die persönliche Betheiligung an einem militairischen Jubiläum verzichtete, das ihm sehr am Herzen lag. Deutschland war damals zum ersten Male gezwungen, zwischen seinen beiden Freunden zu optiren, und zwar geschah dies zu Gunsten Oesterreichs. Worüber beklagen sich also die ungarischen Politiker? Als Fürst Bismarck am 6. Februar 1888 seine große Rede im Reichstage gehalten hatte, war der „Pester Lloyd" wesentlich anderer Ansicht als heute — damals freilich war Fürst Bismarck noch im Amt. Wenn nach dem März 1890 der Draht riß, so geschah es, weil man ein schlechteres Material an die Stelle des vom Fürsten Bismarck benutzten setzte, worüber allerdings in der Wiener und Pester Presse eitel Freude war. Als Fürst Bismarck damals von seinem Posten schied, standen unsere Beziehungen zu Rußland unbeschadet des Bündnisses mit Oesterreich auf einem durchaus vertrauensvollen Fuße, und die staunende Mitwelt würde weder Kronstadt noch Toulon gesehen haben, wenn der Nachfolger des Fürsten Bismarck den alten Draht nicht durch einen polnischen ersetzt hätte. Daß Fürst Hohenlohe als erfahrener Staatsmann den Staatswagen auf diesem Holzwege nicht weiter gefahren hat, verdient volle Anerkennung; aber Fürst Hohenlohe wäre der Letzte, der diese Anerkennung auf Kosten des Fürsten Bismarck aus der Hand von Leuten entgegenzunehmen wünscht, denen das Bündniß mit Deutschland — namentlich seit den Handelsverträgen — wohl als eine geschäftlich praktische Einrichtung erscheint, die aber mit allen ihren inneren Sympathien doch auf der französischen Seite stehen, und zwar trotz des Grafen Andrassy. Völkergeschicke sind wandelbar. Wir wollen dem „Pester Lloyd" wünschen, daß für Oesterreich-Ungarn niemals der Augenblick kommen möge, wo es nach einem so ehrlichen Makler, wie Fürst Bismarck es war, vergeblich rufen wird. Die Begeisterung des Schöpfers des deutsch-österreichischen Bündnisses gerade im gegenwärtigen Augenblick läßt die Politiker, die im „Pester Lloyd" zu Worte kommen, in einem ungemein charakteristischen Lichte erscheinen."

* **Berlin**, 8. September. Herr Liebknecht richtete an die „Sächsische Arbeiterzeitung" folgendes bemerkenswerthe Schreiben:

„Sie finden meine Erklärung „naiv", weil ich nicht das absolute Recht der Majorität in der Redaction anerkenne. Ich dachte, die Sache sei jetzt klar, und gerade das von der Redaction gegen mich angeführte Beispiel spreche für mich. In einfachen redactionellen Fragen hat natürlich, falls Meinungsverschiedenheiten hervortreten, die Majorität zu entscheiden; in Fragen, worin die Partei gespalten ist, die also für die Partei Streitfragen sind, hat aber die Redaction des Centralorgans als solche meiner Auffassung nach nicht Partei zu ergreifen, sondern die Frage als offen zu behandeln und beide Seiten zum Wort kommen zu lassen. Ich zwinge in derartigen Fragen keinem meine Meinung auf und lasse mir seine andere aufzwingen. Das ist demokratisch und „gleiches Recht für Alle". Das absolute Recht der Majorität ist der größte Despotismus und zugleich die größte Absurdität. Die Richter Galilei's hatten es auf ihrer Seite. Und hätte ich 1894 nach dem Frankfurter Parteitag die Agrarfrage nicht als offene Frage behandelt, so wäre die Partei wahrscheinlich gesprengt worden. Und die Frage der Gewerkschaften ist für die Partei ebenso wohl eine offene

Feuilleton.

Großherzog Friedrich von Baden.

1826. — 9. September. — 1896.

Von Josef Ettlinger.

Nachdruck verboten.

Auf dem populären Gemälde Anton von Werner's, das den Act der Kaiserproclamation in Versailles im Bilde verewigt, steht im Vordergrunde der Fürstenversammlung, dicht neben dem greisen Helden des Tages selbst, der Großherzog Friedrich von Baden: mit hoch erhobener Rechten, im Begriffe, das erste begeisterte Lebehoch auf den neugekürten deutschen Kaiser auszubringen. In dieser Handlung, dieser Stellung, dieser gemalten Urkunde eines weltbistorischen Moments symbolisirt sich Alles, was Badens Fürst dem geeinten deutschen Volke zu bedeuten hat, drückt sich sinnfällig und klar der unvergängliche Antheil aus, der an der Wiederaufrichtung des Reiches ihm zugemessen werden muß. Wie viel zu gering dieser Antheil neben dem Werke eines Bismarck, eines Moltke und Roon meist veranschlagt wird, weiß und gewahrt Jeder, der mit der deutschen Staatengeschichte aus den fünfziger und sechziger Jahren sich genauer vertraut macht; wie hoch er aber in Wahrheit sich beläuft, das kann füglich erst die Geschichtsforschung einer künftigen Epoche in vollem Umfang aufklären und abschätzen, wenn Archive und Correspondenzen sich der Veröffentlichung erschließen, die jetzt noch unter Schloß und Siegel liegen. Sicherlich reicht allein schon Das, was heute ein Rückblick auf die vierunddvierzig Regierungsjahre des greisen Fürsten auch nur flüchtig zu seinem Ruhme sammeln kann, in Ueberfülle hin, seine siebzigste Geburtstagsfeier weit über die gelbrothen Grenzpfähle hinaus zu einem festlichen Ereigniß für das ganze Deutschland zu weihen, zu einem schlichten Feste ehrlichen Dankes und warmer, herzlicher Verehrung.

* * *

An einem Apriltage des Jahres 1852 erlag der Großherzog Leopold von Baden seinem schweren Leiden, das ihn schon Monate zuvor regierungsunfähig gemacht hatte. Er war der älteste Sohn Karl Friedrich's aus dessen zweiter Ehe mit der Reichsgräfin von Hochberg gewesen, Karl Friedrich's, der das Land weit über ein halbes Jahrhundert lang und segensreich regiert und unter dem es aus der kleinen Markgrafschaft seine Wandlung zu dem Großherzogthum des heutigen Umfangs durchgemacht hatte. Die schweren Stürme des Jahres 1848, die den Fürsten zur Flucht aus dem eigenen Lande und zum Herbeiruf preußischer Truppen zwangen, hatten die letzten Lebensjahre des Großherzogs Leopold tief beschattet. Dem Prinzen Friedrich aber, seinem zweiten Sohne, waren sie die derbe Schule geworden, in der seine Jugend frühzeitig politische Reife und Ernst gewann. Sein ganzes Regierungssystem, darf man sagen, ist durch die Eindrücke jener Revolutionsjahre dauernd bestimmt und beeinflußt worden.

Von seiner Mutter, einer geborenen Prinzessin Stephanie von Schweden, mit drei Brüdern liebevoll erzogen, hatte Prinz Friedrich zunächst in Heidelberg und Bonn wissenschaftliche Studien betrieben und sich dann dem Waffenhandwerk zugewandt; im Wrangel'schen Hauptquartier nahm er als zweiundzwanzigjähriger Major am schleswig-holsteinischen Feldzug Theil, trat dann in das von Roggenbach reorganisirte badische Armeecorps zurück und ward Commandeur des ersten Reiterregiments in Freiburg, später in Karlsruhe. Am 2. Februar 1852 mußte er für den erkrankten Vater die Regentschaft übernehmen und, als dieser zwei Monate später verschied, auch für seinen schwer leidenden älteren Bruder Ludwig. Vier Jahre und ein halbes regierte er so als Prinzregent; erst als im September 1856 die Geisteskrankheit des älteren Thronerben für unheilbar erkannt worden war, nahm er selbst den Titel und die Würde eines Großherzogs an, unmittelbar vor seiner Vermählung mit der Prinzessin Luise von Preußen, des nachmaligen Königs Wilhelm einziger Tochter.

Kurz nach dem Regierungsantritt des Großherzogs Friedrich begann für Baden ein durchgreifender Genesungs- und Entwickelungsproceß, dessen stetiges und planvolles Fortschreiten dem kleinen Staate mit der Zeit den heute noch unverlorenen Beinamen „das badische Musterländle" eingebracht hat. Die wirthschaftliche Lage des Landes war damals besonders durch den erst kurz zuvor überstandenen Bürgerkrieg gedrückt genug; nahezu acht Millionen Gulden hatte allein der Aufstand und seine Niederwerfung durch die preußischen Truppen verschlungen. Aber mehr noch als auf die Ordnung der leidenden Finanzen ging die unablässige Sorge des thatkräftigen jungen Fürsten dahin, dem Lande in kurzer Zeit eine moderne, brauchbare Gesetzgebung zu schaffen und mit verzopftem und verstaubtem Paragraphentrödel gründlich aufzuräumen. Zahlreiche wichtige Reformen — auf die näher einzugehen hier der Ort nicht sein kann — in der Rechtspflege, der inneren Verwaltung, dem Unterricht und Gesundheitswesen wurden eingeführt, die Steuergesetzgebung nach Vernunft und Billigkeit umgestaltet, neue Verkehrswege und Verkehrsmittel geschaffen und bei alledem niemals das bureaukratische Gutbefinden des „grünen Tischs", sondern stets das unmittelbare praktische Bedürfniß der einzelnen Landestheile, Stände und Berufsclassen zum Maßstab gemacht. Dazu kam eine Reihe wichtiger Verordnungen und Gesetze auf dem Gebiete des kirchlichen Lebens, die Theils durch das vorhandene Bedürfniß, Theils indirect durch fortgesetzte schwere Conflicte zwischen Regierung und der Curie hervorgerufen wurden.

Das zweite Jahrzehnt in der Regierungszeit war das bedeutsamste und glorreichste, soweit es seine Vor- und Mitarbeit an der nahe bevorstehenden Neugründung des Reiches betraf. Schon im Schluß der Thronrede von 1860 trat seine alldeutsche Gesinnung klar und sicher zu Tage, und mit der Berufung des Freiherrn von Roggenbach, eines überzeugten Anhängers des „engeren" Reichsgedankens, zum Ministerpräsidenten, lenkte die Politik Badens ihre Wege mit Bestimmtheit auf das große Ziel von 1871 zu. Als im August 1863 Oesterreich zu einem deutschen Fürstentage nach Frankfurt a. M. einlud, folgte der Großherzog diesem Rufe — während Preußen die Theilnahme abgelehnt hatte — weil er es für seine Pflicht hielt, sich etwaigen verhängnißvollen Beschlüssen an Ort und Stelle zu widersetzen. Mit Entschiedenheit legte er denn auch alsbald dagegen Verwahrung ein, daß die von Oesterreich vorgelegten Beschlüsse ohne Mitwirkung Preußens und ohne Kenntniß der Volksvertretungen gefaßt würden, und als der Kaiser von Oesterreich gleichwohl die Abstimmung verlangte, stimmte der Großherzog ohne Bedenken dagegen. Offen verlangte er schon damals eine Nationalvertretung, die aus directen Volkswahlen hervorgehen sollte, und die unvergessenen Worte, die er bei jener Gelegenheit zu Protokoll gab, sind zu bezeichnend für seine fürstliche Gesinnung, um nicht wenigstens zum Theil hier eine Wiedergabe zu verdienen.

„. . . Wie bereit ich auch wäre, jeder Zeit Opfer meiner Rechte und meiner Stellung zu bringen, wo dieselben dem Zustandekommen des großen nationalen Werkes, der Einigung Deutschlands, gebracht sind, ja wie bereit ich wäre, denselben auch das schwere Opfer der Thron zu bringen, wonach sich nach meiner festen Ueberzeugung die künftige Verfassung Deutschlands zum Wohle des deutschen Volkes und Landes gestalten muß, wenn unter allen meinen hohen Verbündeten, wenn vor der Gesammtheit der deutschen Souveraine ein Einverständniß über eine davon verschiedene neue Verfassungsreform des deutschen Bundes hergestellt wäre, — so halte ich mich so lange zu dieser Hingebung weder für berechtigt noch für verpflichtet, als nicht feststeht, daß dadurch das Zustandekommen einer solchen neuen, den gerechten Ansprüchen des badischen Landes und des deutschen Volkes entsprechende Bundesreform auch wirklich zum Abschluß gebracht werde."

Durch diese entschlossene und unbeugsame Haltung den österreichischen Plan damals vereitelt und die Rechte des ganzen deutschen Volkes als Sachwalter vertreten zu haben, ist eines der vielen Verdienste des Großherzogs, die seine Popularität und Beliebtheit außerhalb seines eigenen Landes erklären und rechtfertigen. Aus Baden selbst ward ihm der allgemein empfundene Dank in Form einer gemeinsamen Adresse der sieben größten Städte des Großherzogthums dargebracht. Einen ähnlichen Sieg hatte die badische Politik schon im Jahre zuvor zu verzeichnen gehabt, als Preußen einen auf freihändlerischen Grundsätzen basirenden Handelsvertrag mit Frankreich abschließen wollte und süddeutsche Staaten dagegen mit dem Verlangen protestirten, daß Oesterreich in den Zollverein mit aufgenommen werden solle; auch in diesem Falle drang die Auffassung Badens zu Gunsten Preußens schließlich durch. Und ebenso war die Regierung des Großherzogs Friedrich auch die erste unter den deutschen Bundesstaaten gewesen, die — dem preußischen Beispiel folgend — das neue Königreich Italien anerkannte.

Nicht die gleiche enge Fühlung mit Preußen ließ sich in den innerpolitischen Fragen aufrecht erhalten. Schon während des sogenannten Verfassungsconflictes hatte die II. badische Kammer auf Häusser's Antrag ein Votum zu Gunsten des preußischen Abgeordnetenhauses gegen den Ministerpräsidenten v. Bismarck angenommen und so eine gewisse Entfremdung zwischen den beiden Staaten herbeigeführt. Bedenklich verschärft wurde diese Differenz mit dem Auftauchen der schleswig-holsteinischen Frage. In dieser stand ganz Baden rückhaltlos auf Seiten des Augustenburgers, der auch dem badischen Bundestagsgesandten Robert von Mohl die holsteinische Stimme am Bundestag übertragen hatte. Man verstand deshalb die Haltung Preußens gegenüber den für unbestreitbar angesehenen Rechten des Herzogs durchaus nicht, und wie tief die Erregung schon vor dem schleswig-holsteinischen

SLUB
Wir führen Wissen.